

**Antrag 160/II/2019****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einmal in Bürger\*innenhand – immer in Bürger\*innenhand****1 Unverkäuflichkeit kommunaler Unternehmen für Da-  
2 seinsvorsorge in die Landesverfassung!**

3  
4 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im AGH  
5 und Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass in die Verfas-  
6 sung von Berlin (VvB) ein Passus aufgenommen wird, wo-  
7 nach Unternehmen der Daseinsvorsorge, die kommunal  
8 aufgebaut wurden und wichtige Funktionen für das Funk-  
9 tionieren der Stadt und deren Menschen erfüllen, nicht  
10 mehr mehrheitlich verkauft bzw. privatisiert werden dür-  
11 fen.

12  
13 Dies gilt auch und insbesondere für Hilfskonstruktionen  
14 wie Ausgründen von GmbHs, mehrheitlich beherrschten  
15 Tochterunternehmen, Auslagerung an Beherrschungs-  
16 fonds, "Sale and Lease Back"-Geschäfte, Betreibergesell-  
17 schaften oder rechtlich eigenständigen Unternehmen, die  
18 die Funktionen der Daseinsvorsorge umfänglich erfüllen.

19  
20 **Begründung**  
21 Berlin und andere Kommunen in Deutschland mussten in  
22 den letzten 20 Jahren schmerzhaft lernen, dass die ange-  
23 blich so einfachen Lösungen drängender Finanzierungspro-  
24 bleme mittels der Privatisierung und der dann wegfal-  
25 lenden Unterhalts- und Betreiberkosten und bei einmal-  
26 gem, angeblich hohem, Ertrag die Probleme in der Folge-  
27 zeit massiv verstärkt, wenn nicht gar brennend gemacht  
28 haben.

29 Als Negativbeispiele in Berlin sind zu nennen die BEWAG,  
30 die GASAG, die Berliner Wasserbetriebe (die dann nur  
31 unter größten Schwierigkeiten rekommunalisiert werden  
32 konnten) oder große Teile der kommunalen Wohnungen.  
33 All die Probleme, die auf dem überhitzten Mietmarkt heu-  
34 te zu verzeichnen sind, wären weitaus einfacher zu lösen,  
35 würde Berlin noch über ein ausreichend großes Portfolio  
36 an landeseigenem Wohnungsbestand verfügen – so, wie  
37 es in Wien beispielsweise noch der Fall ist, dank voraus-  
38 schauender, sozialdemokratischer Politik dort.

39  
40 Um solche Entwicklungen in Zukunft zu verhindern, um  
41 Beiträge, die die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ge-  
42 leistet haben, um kommunale Betriebe aufzubauen und  
43 zu erhalten auch über längere Zeiträume hinweg als nur  
44 bis zur nächsten Wahl, fordern wir, die Berliner Landes-  
45 verfassung dahingehend zu erweitern, dass einmal durch  
46 Bürger\*innenhand bezahlte Unternehmen niemals veräu-  
47 ßert werden dürfen.

48 Wir fordern also ein sog. "ewiges Unverkäuflichkeitsge-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

49 setz" in die Verfassung aufzunehmen und die Unterneh-  
50 men, die bereits jetzt oder in Zukunft darunter fallen, in  
51 ein Register aufzunehmen, dass von der parlamentari-  
52 schen Stadtvertretung bestätigt werden muss.